



## Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

### **Gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen schaffen**

Drucksache 18/ 1527

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Einführung des Betreuungsgeldes auch in aktuellen Studien als Fehlanreiz bewertet wird und sieht sich in seiner Forderung nach einem Umbau des familienpolitischen Systems zu mehr infrastrukturellen Leistungen (Krippen- und KiTa-Plätze) bestätigt.

Der Landtag bittet die Landesregierung, auch zukünftig darauf hinzuwirken,

- dass die Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, weitere Mittel für den Ausbau und die Qualität der Infrastruktur frühkindlicher Bildung bereitstellt und sich mit den kritischen Bewertungen des Betreuungsgeldes auseinandersetzt,
- dass die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern ein stimmiges familienpolitisches Gesamtkonzept entwickelt und umsetzt, das insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Familien gute Voraussetzungen für gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen schafft.

Der Landtag begrüßt, dass das Land Hamburg – stellvertretend für alle Länder, die die Einführung des Betreuungsgeldes kritisch sehen – im letzten Jahr Klage gegen die bundesgesetzliche Regelung eingereicht hat.

Dr. Gitta Trauernicht  
und Fraktion

Dr. Marret Bohn  
und Fraktion

Flemming Meyer  
und die Abgeordneten  
des SSW